

Die Regierungskrise in Oesterreich.

Dr. Seipel über Krise und Streik.

Wien, 8. Nov. Der Bundespräsident hat die demissionierte Regierung mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Verhandlungen zwischen dem Kreisausschuß und der Regierung fanden heute nicht statt. Die Behauptung in Berliner Blättern, daß etwa die italienische Regierung oder andere Regierungen den Streit zum Anlaß nehmen würden, um in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einzugreifen, sind nach Mitteilung der österreichischen Regierung vollständig aus der Luft gegriffen. Ein Berichterstatter hatte heute Gelegenheit, die Ansicht des Bundeskanzlers, des Finanzministers und des großdeutschen Vizekanzlers über

die Entwicklung der Krise

zu hören. Aus den Darlegungen ist folgendes bemerkenswert: Das charakteristischste des diesmaligen Verkehrsstreikes ist, daß er nicht wie die früheren unter sozialdemokratischer Führung steht, sondern daß die Nationalsozialisten, welche im Parlament überhaupt nicht vertreten sind, und auch nicht der Großdeutschen Volkspartei angehören, durch Forderungen, welche die sozialistischen Forderungen um 50 Prozent übersteigen, bei den Bahnbeamten und Bahnarbeitern die Oberhand an sich gerissen haben. Selbst wenn die geringe Spannung, welche zwischen dem Angebot der Regierung und den sozialistischen Forderungen besteht, erfüllt worden wäre, so hätte mit der Gewißheit gerechnet werden müssen, daß die Nationalsozialisten in den Streik getreten wären und daß die sozialdemokratischen Bahnangestellten aus Solidarität mitgemacht haben würden. Die Nationalsozialisten, welche in der sogenannten Verkehrsgewerkschaft organisiert sind, sind auch diejenigen gewesen, welche an die Regierung das Streikultimatum gerichtet haben. Neben den Nationalsozialisten traten am meisten die Kommunisten hervor. Auf die Nationalsozialisten hat die Großdeutsche Volkspartei, welche bekanntlich mit den Christlich-Sozialen zusammen die Regierung bildet, keinerlei Einfluß. Im Gegenteil wird die Großdeutsche Volkspartei von den Presseorganen, welche in Wien den Nationalsozialisten zur Verfügung stehen, auf das wildeste wegen ihrer Haltung gegenüber den Forderungen der Eisenbahner angegriffen.

Bundeskanzler Seipel

erklärte, daß die Demission der Regierung als durchaus ernst zu betrachten sei. Es handle sich bei der Regierung gar nicht um diesen Streik allein oder um einen Streik an sich. Was die Regierung gezwungen habe, durch ihre Demission der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Christlich-Sozialen und Großdeutschen künftighin nur unter gewissen Umständen eine Regierung bilden werden. Es ist der traurige Eindruck bei den Christlich-Sozialen und Groß-Deutschen vorhanden, daß eine mächtige und wichtige Gruppe von Angestellten trotz aller Erfahrungen der letzten Jahre noch nicht gelernt hat, ihre persönlichen Angelegenheiten den Interessen der Gesamtheit anzupassen und unterzuordnen. Das ganze Sanierungswert beruht auf zahlreichen Opfern der Gesamtheit und es geht nicht an, daß eine Gruppe von öffentlichen Angestellten um eine augenblickliche Erleichterung zu erreichen, nach Mitteln greift, welche die Gesamtheit auf das tiefste schädigen muß.

Der Abschluß der mit dem Bitterbund vereinbarten Sanierungsaktion würde auf das ernstlichste gefährdet sein, da wir nicht mit den vorhandenen Mitteln hauszuhalten suchten. Wir dürfen nicht weiter gehen, als es unsere Leistungsfähigkeit erlaubt. Die Bundesbahnen müssen sich selbst erhalten. Tarifierhöhungen zur Bewilligung der Forderungen der Eisenbahner sind unmöglich. Die österreichischen Tarife sind so wie so schon höher als es den valorisierten Friedensjahren entsprechen würde. Im Gegenteil muß die Regierung daran denken, diese Tariffälle abzubauen, um der Wirtschaft die Sanierungsaktion, welche von den Steuerträgern große Opfer fordert, überhaupt erst möglich zu machen. Die Teuerung, welche die Bundesbahnangestellten zum Gegenstand ihrer Forderung vorgebracht haben, beträgt seit der letzten Reform 7 1/2 Prozent. 4 1/2 hat die Regierung in ihrem jetzigen Angebot den Bundesangestellten zugestanden. Wegen der restlichen drei Prozent, eine Differenz, die im Frieden niemals zu einem Kampf zwischen Unternehmern und Angestellten geführt hätte, ist jetzt der Streik hervorgerufen worden. Jede weitere Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den Bundesbahnangestellten hätte zur Folge, daß auch die übrigen Kategorien der Staatsangestellten mit den gleichen Forderungen hervortreten würden. Das würde aber zur Folge haben, daß das jetzt in diesem Sommer in Genf vereinbarte Budget auch für 1925 voll-

ständig über den Haufen geworfen, daß die Sanierung vollständig zerstört worden wäre. Trotz aller Schwierigkeiten erklärte der Bundeskanzler dem Berichterstatter, bin ich überzeugt, daß Oesterreich in der jetzigen Form erhalten werden kann. Hätte ich, oder hätten die anderen Minister irgend einen Zweifel daran, daß die Opfer, die wir tragen, nicht zum Erfolge führen, dann hätten wir es uns jetzt bequemer gemacht und ohne Bedenken und gewissenlos die Forderungen der Eisenbahner bewilligt.

Die Streiklage.

Wien, 9. Nov. In der Streiklage ist im wesentlichen bis heute nachmittag keine Änderung eingetreten. Nur das Personal der Elektrischen nach Preßburg schloß sich im Laufe des gestrigen Abends der Bewegung an. Dagegen nahm der Automobilverkehr nach den Grenzstationen an Umfang zu. Auf der Donau sollen mehr Personendampfer in den Dienst gestellt werden. Dem „Wiener Neuen Tagblatt“ zufolge teilt die Postgewerkschaft mit, daß ihre Forderung nach Erhöhung der Wirtschaftsprämie, worüber schon mehrfach verhandelt wurde, von der Verwaltung unter Hinweis auf die finanzielle Lage ablehnend beschieden wurde. Die Gewerkschaft nahm die Erklärung nicht zur Kenntnis und hielt die Forderung voll aufrecht. Über die Wiederaufnahme der Verhandlungen der Bundesbahndirektion mit den Eisenbahngewerkschaften verlautet auch heute noch nichts, dagegen finden über einen Notverkehr fortgesetzt Besprechungen statt, welche infolge der sich dadurch ergebenden dauernden Fühlungsnahme zwischen beiden Parteien wohl die Möglichkeit für aussichtsvolle Anregungen zur Beilegung des Konfliktes selbst bieten.

München, 9. Nov. Wie der Korrespondent Hoffmann von der Reichsbahndirektion München mitgeteilt wird, verkehren infolge des Eisenbahnstreiks in Oesterreich die deutschen Personen- und Schnellzüge nur bis und ab den Grenzstationen Kuffstein, Salzburg, Mittenwald, Simbach in Griesen. Die direkten Wagen, die nach Oesterreich entfallen, sowie die Orientexpresszüge verkehren zunächst ab Sonntag, den 9. November, nur zwischen Paris (Calais) und Salzburg.

Das Ergebnis der Finanzminister-Konferenz.

Berlin, 9. Nov. Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichsfinanzminister und die Finanzminister der Länder verständigten sich angesichts der drohenden Notwendigkeit einer sofortigen Steuerentlastung vorbehaltlich der Stellungnahme des Herrn Reichspräsidenten auf eine Verordnung, durch welche die von der Reichsregierung vorgesehene Steuerentlastungen herbeigeführt werden, durch welche ferner die Weiterführung der ohne dem mit Ablauf des Kalenderjahres erlöschenden Einkommensteuer in dieser nunmehr ermäßigten Form bis zu einer gesetzgeberischen Regelung gesichert und durch welche endlich vom Reich bis Ablauf des Rechnungsjahres eine Gewähr dafür übernommen wird, daß die die Grundlage der Länderhaushalte bildenden Überweisungen von Anteilen an Reichsteuern in den vier Monaten Dezember 1924 bis März 1925 nicht unter den Monatsdurchschnitt der beiden Monate August und September 1924 sinken. Die Länderregierungen machten gegenüber diesen Leistungen des Reiches im Interesse der Wirtschaftserholung darauf aufmerksam, daß vielfach durch die Senkung der Reichsteuern die Gewerbesteuer der Länder und Gemeinden automatisch mitgesenkt würden, und erklärten außerdem, daß sie, soweit sie mit der Ausgleichung der Haushalte der einzelnen Länder nur irgend vereinbar ist, von sich aus eine Senkung von Ländersteuern mit tunlichster Beschleunigung vornehmen und entsprechend auf die Gemeinden wegen der Gemeindesteuern und der von den Gemeinden erhobenen Gebühren nachdrücklich einwirken würden.

Die Länder erklärten, daß sie diese, ihre Zustimmung nur mit Rücksicht auf den sonst entstehenden Notstand aussprechen und daß durch ihre Zustimmung zu der bevorstehenden Regelung ihrer grundsätzlichen Stellung zur Frage des Notverordnungsrechtes des Reichspräsidenten

Neueste Nachrichten.

Das österreichische Kabinett Seipel hat infolge des Eisenbahnstreiks seinen Rücktritt eingereicht.

Zwischen dem Reichsfinanzminister und den Vertretern der Länder ist eine Vereinbarung über die Steuerermäßigungen zustande gekommen.

Das Reichskabinett kündigt eine Revision seiner Stellungnahme in der Aufwertungsfrage an und stellt weitergehendes Entgegenkommen in Aussicht.

Der sächsische Landtag hat die Landtagsauflösung und die Übernahme von Neuwahlen abgelehnt.

Der badische Landtag hat die Auflösung des Landtags abgelehnt. Neuwahlen finden also nicht statt.

Herriot hielt in einer Rede in Kodes scharfe Abrechnung mit Poincares Ruhrpolitik.

und seiner dringenden Reformbedürftigkeit nicht vorgegriffen werden soll.

Zur Reichstagswahl.

Der Wahlaufsatz der bayerischen Volkspartei.

München, 8. Nov. Die Presse veröffentlicht den Wahlaufsatz der bayerischen Volkspartei. Als Hauptziele der Partei nennt der Aufsatz zum Schluß u. a.: Kampf für die Eigenstaatlichkeit Bayerns, Aenderung der Weimarer Verfassung nach föderalistischen Grundsätzen zum Aufbau eines starken Reiches auf der gesunden Lebenskraft der Bundesstaaten, nationale Würde in der Außenpolitik und Aufrottung der Kriegsschuldfrage.

Eine Entschließung der Nationalliberalen Reichspartei.

Berlin, 9. Nov. Der hier versammelte Vertretertag der Nationalliberalen Reichspartei nahm eine Entschließung an, worin die Partei den Gedanken eines Aufgehens in anderen Parteien ablehnt. Sie werde ihre Organisation mit verstärkter Kraft ausgestalten, um Vorkämpfer für alle entschieden nationalen Elemente mit liberaler Weltanschauung sein zu können. Im Interesse einer möglichst geschlossenen Rechtsfront werde sie bei dieser Wahl von der Aufstellung eigener Kandidaten absehen, vorbehaltlich einer besonderen Regelung in einzelnen Wahlkreisen.

Eine weitere Zerspaltung?

Mannheim, 8. Nov. Der Hypothekengläubiger- und Sparer-Sparverband für das Deutsche Reich (Sparer-Reichsverband e. V., Sitz Berlin-Biesdorf) hat seine Landes- und Ortsgruppen angewiesen, nachdem eine erspriehliche Einigung mit den politischen Parteien nicht möglich war, allein in den Wahlkampf zu gehen. Als Spitzenkandidaten für den 32. Wahlkreis Baden wurden aufgestellt: 1. Karl Giera-Mannheim, 2. Dr. Heine-Wichersleben, 3. Erwin Kuhn, erster Vorsitzender des Reichsverbandes in Berlin-Biesdorf, 4. Ferdinand Gd., Hauptlehrer a. D., Mannheim. Der Verband tritt in den Wahlkampf unter dem Namen Aufwertungs- und Aufbaupartei.

Das Gesamtergebnis der anhaltischen Landtagswahlen.

Desau, 10. Nov. Gesamtergebnis der anhaltischen Landtagswahlen: Sozialdemokraten 78 449 (64 935), 15 Abg. (13); Demokraten 13 991 (6181), 3 Abg. (1); Kommunisten 11 217 (16 709) 2 Abg. (4); Zentrum 2406 (2009), keinen Abg. (-); Nationalsozialisten 9942 (9789), 1 Abg. (2); Bodenreformer und Mieterpartei 3207 (3005), 1 Abg. (1); Bürgerl. Volksgemeinschaft 74 482 (74 514), 14 Abg. (15).

Keine Neuwahlen in Baden.

Karlsruhe, 8. Nov. Der badische Landtag nahm einen Initiativantrag des Zentrums betreffend die Auflösung des Landtags mit 52 Stimmen des Zentrums, der deutschnationalen Volkspartei, des Landbundes und der Kommunisten an. Da aber die Sozialdemokraten und die Deutschdemokraten als Gegner des Antrags den Saal verlassen hatten und somit bei 86 Mitgliedern des Hauses die erforderliche Anwesenheit von mindestens drei Vierteln der Abgeordneten, also 65, nicht vorhanden war, wurde der Antrag durch den Präsidenten als erledigt erklärt.

Herriot wieder Poincare. Eine politische Rede Herriots.

Paris, 10. Nov. Herriot hat in Nodex in Gemeinschaft mit dem Handelsminister Reynaud einem republikanischen Bankett beigewohnt, in dessen Verlauf er eine große politische Rede hielt. Er sagte u. a.: Ich glaube in voller Aufrichtigkeit sagen zu können, daß noch niemals eine Regierung auf so viel Hindernisse gestoßen ist wie die jetzige demokratische französische Regierung. Außerhalb und im Innern Frankreichs habe man nur Gefahren und Verwickelungen gesehen. Frankreich war isoliert, denn die Einheit der Völker, die sich während des Krieges um Frankreich gruppiert hatten, war kompromittiert, wenn nicht zerbrochen. Die amerikanische öffentliche Meinung beunruhigte sich wegen unserer Haltung. Freundschaften, die wir noch bewahren konnten, verblieben. Ein immer feindseliger gestimmtes Deutschland gab sich dem Haß hin, von einem mysteriösen und abgeschlossenen Rußland benachbart. Diese Lage haben wir erwogen und trotz der Beleidigungen der Ueberpatrioten haben wir durch das Londoner Abkommen die Ausführung des Dawesplanes sichergestellt, dem man den Plan der Pazifizierung und Realisierung nennen könnte. Er wird mit dem Beistand der Vereinigten Staaten durchgeführt. Die gleichen Männer klagen uns an, daß wir das Ruhrgebiet aufgegeben hätten, obwohl sie sehr gut wissen, daß Frankreich nur zwischen ihrer Politik der isolierten Aktion, die uns zum Kriege geführt hätte, und der Politik der interalliierten Verständigung zu wählen hatten. Wir haben erklärt, daß wir das russische Volk nicht mehr ignorieren wollten. Das soll ein unzerstörlicher Fehler in den Augen derjenigen sein, die sich vor dem Jargonismus gebeugt haben. Wir haben unsere alten Alliierten wiedergefunden. So schwierig auch unsere Beziehungen zu Deutschland sind, wir haben erklärt, daß wir mit dem deutschen Volke gerecht (equitable) und für beide Länder ehrenhafte Beziehungen wieder aufknüpfen wollen, die es gestatten, die Werke der Zivilisation zu fördern. Wir haben eben den Völkern Frieden erklärt. Wenn das unser Verbrechen sein soll, dann übernehmen wir hierfür die Verantwortung.

Kollets Sonntagsrede.

Paris, 10. Nov. Kriegsminister General Kollet, der in Lyon weilte, hielt gestern bei der Enthüllung eines Kriegerdenkmals eine Rede, worin er u. a. sagte: Frankreich hat so sehr die Schrecken des Krieges kennen gelernt, um nichts sehnlicher zu wünschen, als daß die anderen Völker sich seinem Friedensideal anschließen. Frankreich ist bereit, diese Völker einer Welt entgegenzuführen, worin Gerechtigkeit, nicht Gewalt die internationalen Beziehungen regeln wird. Frankreich kann aber nicht zulassen, daß sein Friedenswille eine Prämie für einen Angriff wird, der wiederum neue Menschenopfer fordern würde. Die jüngste Vergangenheit beweist, daß Frankreich nicht aus Schwäche, sondern aus Pflichtgefühl handelt, das ihm gerade seine Stärke auferlegt. Diese Stärke dankt es seiner Vergangenheit. Deshalb muß im Interesse der Zukunft diese Stärke intakt gehalten werden, um sie in den Dienst des Ideals der nationalen Würde und des Friedens zu stellen.

Millerands Kampf gegen Herriot. Gründung der Partei Millerands.

Paris, 7. Nov. Die Gründung der Partei Millerands ist gestern unter dem Namen „Nationalrepublikanische Liga“ erfolgt. Vorsitzender ist der ehemalige Präsident der Republik, Millerand. Dem Vorstand gehören an die ehemaligen Minister Marjal, Jaac, Le Troquer, Maginol, Louis Martin und Raibet, sowie die Abgeordneten Andreé, Bonet und der ehemalige Unterstaatssekretär Broussé. Die neue Partei hat ein Manifest erlassen, in dem u. a. gesagt wird: Frankreich besitzt keine Pfänder mehr, um seine Forderungen zu garantieren. Und dabei vergißt man noch das Versprechen der Regelung der interalliierten Schulden. Die jetzige Regierung sei die Gefangene ihrer Wahlversprechungen und sei gezwungen, den Forderungen der Sozialisten zu folgen. An jedem neuen Tag beuge man sich mehr den Bedrohungen der revolutionären Elemente. Die Nationalrepublikanische Liga wolle den Frieden, aber einen soliden Frieden, der nicht nur auf Hoffnungen und Illusionen, sondern auf wirklichen Garantien aufgebaut sei. Man wünsche die Stärkung des Völkerbunds, aber man dürfe dabei den Blick für die Wirklichkeit nicht verlieren. Die Liga erstrebe auch die Aufhebung der Laiengesetze, aber sie wolle den religiösen Frieden. Die Liga fordere eine Politik, die die Arbeiter und ihre Familien ermutige und zur Verständigung anstrebe, um die öffentlichen Ausgaben zu sanieren, den Kranken zu stabilisieren und die Lebenshaltungsteuer zu verringern. Die Republik dürfe nicht das Monopol einer Partei sein, sie müsse allen übrigen Bürgern offen stehen, die die Gesetze respektieren wollten. Für diese Republik fordere man die Franzosen für den Kampf gegen die Demagogie, die Revolution und die Anarchie auf.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. November 1924.

Der Märtenstag.

Der Martens- oder Märtenstag, sonst auch Martini genannt, der Kosename heißt Märtelestag, bezeichnet volkstümlich allgemein den Anfang des Winters, deshalb sagt man auch, wenns am 11. November schneit: „Der Marten kommt auf einem Schimmel geritten“. In Wirklichkeit sehen wir auch in diesen Kirchen und Kapellen, von denen der Nationalheilige der Völkerwanderung St. Martin Schutzpatron ist, diesen als römischen Krieger, was Märtele als Sohn eines römischen Kriegstribuns gewesen, auf einem Schimmel reiten. So wird er auch dargestellt, als er im Winter an einem Bettler vorbeireitet und mit diesem seinen Mantel teilt, nachdem er ihn mit seinem Schwert in zwei Hälften getrennt hat. St. Martin wurde von den Soldaten und wegen des geteilten Mantels auch von den Tuchmachern als Schutzpatron erwählt. — In früherer

Zeit war der Märtehtag die Wanderzeit der bäuerlichen Diensthöten, als dann der Lichtmeßtag an seine Stelle trat, — der Name kommt daher, daß man an diesem Tag die Lichter und Kerzen weicht — verbrannte der Martinsknecht und die Martinsmagd. Am 11. November erhielten einst die Dorfschäfer zum Einkommen gehörig den Martinslaib. Der Märtehtag war auch entscheidend für die an den Dorfschirzen zu zahlenden Pfünde. — Der Name kommt vom lateinischen „praebenda“ — das zu gewährende.

— Von „neu gewordenem Jungvieh“, das nach Martini geboren wurde, gab man erst im darauffolgenden Jahr Pfünde. Wenn eine Sau zwischen Martini und Fastnacht „fügelte“ (ferkelte) — der Name fügen kommt vom lateinischen „fugio“ — fliehen, also dem Leib der Mutter aus entfliehen — so brauchte nach altem Recht gleichfalls keine Pfünde mehr gegeben zu werden. Vom Märtehtag ab durfte der Schäfer die Schafe auf den Gemeindewiesen treiben, dagegen mußten die Hepperle (Ziegen) am Märtelestag die Gemeindewiesen verlassen. Einst spielte am 11. November die Martinsgans eine große Rolle. Die Bauern, die ein Gütlein von einer Herrschaft oder einem Kloster zu Lehen trugen (d. h. es wurde ihnen gegen Abgaben geliehen) mußten am Märtenstag vielfach ihre Steuern in Gänsen entrichten, weil die Lehensherrschaft wohl wußte, daß die Mülle! Mülle! in dieser Zeit ganz besonders schmecken. Aber auch die Bauern selbst leisteten sich am Martinstage gern eine Gansviertel und es war auch Sitte, die Diensthöten mit Gansbraten zu bewirten. Martinsküchle durften als Beigabe nicht fehlen. Diese Gänsesteuer am 11. November ist der Grund, warum St. Martin in den ihm geweihten Kirchen im Hochaltar vielfach eine Gans zu seinen Füßen stehen hat. Allerdings gibt es hiefür noch eine andere Lesart. St. Martin soll sich, nämlich, als man ihn zum Bischof von Tours wählen wollte, aus Bescheidenheit in einer Scheuer versteckt haben, wo ihn dann Gänse durch ihr Geschnatter verrieten. — Groß ist die Zahl der Wetterregeln, die sich an den Märtehtag knüpfen. Sie sind nicht viel wert und zeugen nur für die Beliebtheit von St. Martin. Nur eine Regel trifft zweifelschne zu: „Wenn der Godel kräht auf dem Mist, so ändert sich das Wetter oder es bleibt wie es ist“.

Schutz vor der Tau-Schnecke.

Aus verschiedenen Gegenden hört man z. B. wieder von einem starken Auftreten der Tau-Schnecken, die durch aderweises Abfressen von leimendem Getreide den Landwirten ganz erheblichen Schaden zufügen. Als ein gutes Mittel gegen diese Plage ist das Bestreuen der Felder mit Gerstenangeln zu bezeichnen.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Unter dem Einfluß des im Osten liegenden Hochdrucks ist auch für Dienstag und Mittwoch heiteres und trockenes, ziemlich kaltes Wetter zu erwarten.

(SGB.) Stuttgart, 7. Nov. Nach einem Erlaß der Ministerien des Innern und der Finanzen sind die Lieferungen zur Staatshauptkasse an staatlicher Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und an staatlicher Gebäudeentlastungssteuer sowie die Lieferungen zur Wohnungskreditanstalt an Gebäudeentlastungssteuer der Gemeinden und an Wohnungsbauabgabe der Gewerbebetriebe unbedingend geblieben. Die Gemeinden und Oberamtspflegen werden daher an den Einzug und die vollständige und rechtzeitige Ablieferung dieser Steuern wiederholt und dringend erinnert. Nachdem inzwischen die Ernte in der Hauptsache eingebracht ist und auch im übrigen die wirtschaftlichen Verhältnisse eine gewisse Besserung erfahren haben, wird der Einzug der Steuern bei entsprechendem Eifer eher möglich. Da die Wohnungskreditanstalt, wenn sie die ihr zukommenden Ausgaben erfüllen soll, auf ihre Anteile an der Gebäudeentlastungssteuer und auf die Wohnungsbauabgabe der Gewerbebetriebe unbedingt angewiesen ist, so wird den Gemeinden und Oberamtspflegen die nachdrückliche Beirbeitung und pünktliche Ablieferung dieser Steuern ganz besonders zur Pflicht gemacht und bei diesem Anlaß auch bemerkt, daß entgegen den da und dort aufgetauchten Gerüchten, die Aufhebung der Gebäudeentlastungssteuer oder der Verzicht auf den weiteren Einzug der Wohnungsbauabgabe nicht beabsichtigt ist.

Vom Württ. Landtag.

Stuttgart, 8. Nov. Der Finanzausschuß setzte heute in Anwesenheit des Staatspräsidenten Bagille und des Finanzministers Dr. Dehlinger die Besprechung der Amtsenthebung des Gesandten Hildenbrand fort. Der Abg. Keil (Soz.) stellte einen Haupt- und einen Eventualantrag. Nach dem Hauptantrag soll der Finanzausschuß einen Berichterstatter und einen Mitberichterstatter aufstellen mit dem Auftrag, die vom Staatspräsidenten in öffentlicher Landtagsitzung vorgetragene Fälle von angeblich instruktionswidrigem Verhalten des früheren Gesandten Hildenbrand auf Grund der Akten der Ministerien sowie einer etwa notwendig werdenden Zühlungnahme der früheren Mitglieder des Staatsministeriums und dem Gesandten Hildenbrand sachlich zu klären und darüber Bericht zu erstatten. Der Eventualantrag forderte, das Staatsministerium zu ersuchen, dem Finanzausschuß die Akten der Ministerien über die vom Staatspräsidenten öffentlich angeführten Fälle angeblicher Pflichtvergehen des früheren Gesandten in Berlin vorzulegen. Über beide Anträge entspann sich eine umfangreiche Debatte. Seitens des Staatspräsidenten wurde geltend gemacht, daß die Regierung kein Interesse daran habe, die Angelegenheit nicht zur Klärung zu bringen. Er glaube aber, daß es hiefür zwei Wege gebe: Entweder es müsse, entsprechend dem Art. 8 der württ. Landesverfassung, ein Untersuchungsaus-

schuß eingesetzt oder es müsse der frühere Gesandte Hildenbrand den Antrag auf Durchführung eines Disziplinarverfahrens stellen. Der letztere Weg werde am raschesten zum Ziele führen. Einen ähnlichen Standpunkt vertraten die Zentrumsredner und die Redner der Rechten, die insbesondere darauf hinwiesen, daß die Berichterstatter, die nach dem Antrag Keils zu bestellen seien, gar nicht ermächtigt seien, zeugeneidliche Vernehmungen vorzunehmen. Es bliebe nur der Weg des Untersuchungsausschusses übrig, wenn nicht ein Disziplinarverfahren beantragt werde. Nach weiterer umfangreicher Aussprache stellte der Abg. Ströbel (B.B.) als Berichterstatter den Antrag, im Antrag Keil die Worte „einen Berichterstatter und einen Mitberichterstatter aufzustellen“ zu ersehen durch die Worte „einen Untersuchungsausschuß (§ 8 Abs. 2 württ. Verf.) einzusetzen“. Unter Ablehnung der Anträge Keil wurde der Antrag Ströbel angenommen. Ein sozialdemokr. Redner interpellierte sodann die Regierung über ihre Stellungnahme im Reichsrat zu der beabsichtigten Änderung verschiedener Reichssteuern. Der Finanzminister betonte, daß das Reich in der Anleihefrage es für angezeigt gehalten habe, die Länder und Gemeinden davor zu warnen, auf dem internationalen Anleihemarkt jetzt aufzutreten. Es bestünde begründete Aussicht, bei entsprechender Zurückhaltung günstigere Bedingungen in der Zukunft zu erhalten. Hinsichtlich der Steuerfragen legte der Finanzminister dar, daß es sich um eine Milderung der Einkommensteuer für landwirtschaftliche und gewerbliche Kreise, um Ermäßigung der Erbschaftsteuer, um eine weitere Senkung der Umsatzsteuer und eine Verbesserung des Lohnsteuerlages handle. Die Beratung über diese Gesetzentwürfe wird schon morgen Freitag stattfinden. Ein demokratischer Redner wies darauf hin, daß eine sachliche Berechtigung für die Steuerermäßigungen gegeben sei. Die Frage der Steuerermäßigung berühre die Reichseinnahmen, die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft und die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden. Die gegenwärtigen Steuern seien überspannt. Ein sozialdemokratischer Redner will in erster Linie die Lohnsteuer weiter herabgesetzt haben als sie nach den Vorschlägen des Reichsfinanzministers verbessert wird. Ein Zentrumsredner wünscht ebenfalls eine Ermäßigung der Lohn- und Einkommensteuer unter besonderer Berücksichtigung der kinderreichen Familien. Die Preisabbautionen der Reichsregierung seien bis jetzt alle wirkungslos gewesen und ein kleiner Teil der Bevölkerung habe den Gewinn von diesen Aktionen in ihre eigene Tasche fließen lassen. Die Regierung möge gleichzeitig der Preispolitik der Syndikate und Kartelle ihre Aufmerksamkeit schenken. Die Reichsregierung habe gut daran getan, auf dem Anleihemarkt Zurückhaltung zu empfehlen. Es wurde sodann folgender Antrag gestellt (Antrag Keil): Die Regierung zu ersuchen, für den Fall, daß die geplante Steuerermäßigung von der Reichsregierung im Verordnungsweg durchgeführt wird, eine erheblich weitergehende Ermäßigung der Lohnsteuer als sie vom Reichsfinanzministerium vorgeschlagen ist zu beantragen. Ein Antrag der Abg. Andre, Schermann, Ströbel, Bod ging dahin, die Regierung zu ersuchen, bei der beabsichtigten Änderung der Lohn-, Einkommen- und Umsatzsteuer für eine möglichst weitgehende Herabsetzung einzutreten und bei den beiden ersten Steuern besondere Rücksicht auf die kinderreichen Familien zu nehmen. Hiezu wurde ein Eventualantrag Keil gestellt, im Antrag Andre im Fall seiner Annahme das Wort „Einkommensteuer“ zu streichen. Nach weiterer Aussprache wurden die Anträge Keil abgelehnt und der Antrag Andre mit allen gegen die Stimmen des komm. Abg. Karl Müller-Weingarten angenommen. Dieser stellte sich auf den Standpunkt, daß es sich bei dieser ganzen Aktion nur um eine Wahlmache der Reichsregierung handle, was von anderer Seite entschieden bestritten wurde. Sodann wurde im Staatshaushaltplan Titel 1 Kap. 2 Staatsministerium genehmigt. Nachträglich entspann sich noch eine Debatte über die etatsmäßige Behandlung der Pressestelle beim Staatsministerium. Weiterhin wurde bei Titel 10 Kap. 2 württembergische Vertretung im Reichsrat, Gesandtschaften und Konsulate Aufschluß verlangt über Umbauten bei der Berliner Gesandtschaft und über die besonderen Zulagen für die Berliner Beamten und Angestellten der Gesandtschaft. Abänderungsanträge wurden nicht gestellt und es wurde hierauf das ganze Heft 2 erledigt. Sodann stellte ein sog. Redner zwei Fragen an die Regierung, in denen er Aufschluß erbat über die Stellung der württ. Regierung zur Aufwertungsfrage und darüber, warum die Gebäudeentlastungssteuer noch nicht abgebaut worden sei. Finanzminister Dehlinger wies darauf hin, daß die Arbeiten des Reichstagsausschusses über die Aufwertungsfrage durch die Reichstagsauflösung abgebrochen worden seien und daß die württ. Regierung erst die Ergebnisse dieser Reichstagsarbeiten abwarten wolle. Die Frage der Gebäudeentlastungssteuer könne nicht gelöst werden, solange nicht die Grundlagen für einen neuen Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern geschaffen seien. Ein Zentrumsredner wies darauf hin, daß nach seiner Meinung die Aufwertungsfrage erst dann einen entscheidenden Schritt vorwärts gebracht werden könne, wenn nach den Reichstagswahlen an eine grundlegende Änderung der Steuergesetzgebung des Reiches herangegangen werde. Dann sei auch der Zeitpunkt gekommen, wo zu einigen Unmöglichkeiten der Dritten Steuernotverordnung Stellung genommen werden müsse; alle anderen Maßnahmen würden seiner Ansicht nach nicht zum Ziele führen. Hierauf wurde abgebrochen. Fortsetzung: Dienstag, 11. Nov., nachm. 3 Uhr: Justizberatung.

Aus Geld-, Volks- u. Landwirtschaft.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Börse. Die Kläue an der Börse hielt auch in dieser Woche an. Das Geschäft blieb klein. Der Ausfall der englischen Wahlen verstärkte die Zurückhaltung und mahnte zur Vorsicht, da die Linien der künftigen Politik der englischen Konservativen gegenüber Deutschland sich nur schwer übersehen lassen. Günstiger nahm die Börse das Ergebnis der amerikanischen Präsidentschaftswahlen auf. Die Wiederwahl Coolidges läßt eine konsequente Weiterführung der bisherigen ruhigen amerikanischen Politik erwarten. Hemmend war die unklare politische Lage in Deutschland, die bis nach den Wahlen anhalten wird. Der Abbau der Börsenumsatzsteuer nähert sich nur langsam der Durchführung. Der Aktienmarkt lag still. Der unsichere Bewertungsmäßig der Industriewerte infolge der Ungewißheit der zukünftigen Goldkapitalien und die beginnende Lohnbewegung hinderten jedes Geschäft. Auf dem Rentenmarkt war das Geschäft lebhafter, ja vorübergehend sogar stürmisch, und zwar hauptsächlich infolge der Aufrollung des Aufwertungsproblems im Wahlkampf.

Geldmarkt. Der Geldmarkt zeigte eine weitere Verbesserung und konnte die Ultimoderepflichtungen verhältnismäßig günstig abwickeln. Die Nachfrage hat beträchtlich zugenommen, doch kommt der Auslandskredit nur langsam herein. Der Abbau der Devisengesetze trägt weiter zur Erleichterung bei. Der Geldverkehr mit dem Ausland ist dadurch wieder frei geworden und jeder kann beliebig Devisen erwerben, wobei er nur an die Vermittlung einer Devisenbank gebunden ist. Um aber einer volkswirtschaftlich schädlichen Überfahndung der Kommunen vorzubeugen, bedürfen nach einer Verordnung des Reichspräsidenten Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände zur rechtsgültigen Aufnahme von Auslandskrediten der Zustimmung des Reichsfinanzministers. Auf dem Devisenmarkt ist englisches Pfund und holländischer Gulden gestiegen, während der Pariser Franken weiter abschwächte.

Produktenmarkt. Der Produktenmarkt lag schwach. Das Geschäft am Getreidemarkt hat weiter abgenommen. Sämtliche Getreidearten weisen sowohl im Inland wie im Ausland niedrigere Preise auf. Auch die Mehlpreise sind infolgedessen abgeschwächt. Die Kauflust ist sehr gedrückt. An der Stuttgarter Landesproduktenbörse

blieben Heu und Stroh mit 8 bzw. 5,50 M. pro Doppelzentner unverändert. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 200 (—11), Roggen 200 (—8), Sommergerste 250 (—6), Winter- und Futtergerste 207 (—8) und Hafer 176 (—9) M. pro Tonne und Mehl 30,75 (—1,75) Mark pro Doppelzentner.

Warenmarkt. Allen Preislenkungsbestrebungen zum Trotz gingen die Preise der meisten Warengattungen erneut in die Höhe. Auf dem Textilmarkt stiegen die Preise für Baumwollgarne und Baumwollgewebe. Der Eisenmarkt ist belebt; es bereitet sich ein Tendenzumschwung vor. Die Preise waren 10—25 Proz. höher. Auch auf dem Metallmarkt ist die Lage gebessert. Auf den Häuteauktionen ist die Kauflust rege und die Preise zogen durchschnittlich um 15 Proz. an. Auf dem Lebensmittelmarkt stiegen die Fettpreise.

Viehmarkt. Auf den Schlachtviehmärkten haben die Preise sich gehalten. Der Handel ist in allen Viehgattungen ruhig. Die Lendenfleischpreise für Kalbfleisch und Schweinefleisch wurden schwach herabgesetzt. Das Pfund Schweinefleisch kostet jetzt 1,20 Mark.

Holzmarkt. Auf dem Holzmarkt ist keine wesentliche Änderung eingetreten. Der Baubedarf beginnt merklich nachzulassen. An eine größere Bautätigkeit im nächsten Jahr ist, solange die Kapitalknappheit anhält, nicht zu denken. Brennholz ist weiterhin stark begehrt.

Vom Obst- und Gemüsemarkt.

(S.W.) Stuttgart, 8. Nov. Der Obstmarkt hat immer noch reichliche Zufuhr, die Nachfrage geht zurück. Beste Qualität hält die Preise, dagegen kann die überwiegende geringe Ware nur zu Preisen abgestoßen werden, die nicht viel über die Mostobstpreise hinausgehen. — Auf dem Mostobstmarkt stauen sich größere Mengen. Die Konjunktur für Deckung des Bedarfs ist denkbar günstig, besonders da auch die Preise einen wesentlichen Rückgang erfahren haben; die Früchte sind völlig ausgereift und die für die Gärung des Mostes nötige Wärme dürfte nicht mehr lange anhalten. — Der Gemüsemarkt leidet an ungenügendem Absatz. Die vorgeschriebenen Mengen von einzelnen Gemüsearten können nicht einmal vom Wiederverkäufer abgenommen werden. Die Geldknappheit macht sich hier besonders bemerkbar.

Fruchtpreise.

In Nagold kostete je der Zentner Weizen alt 15,50, neu 11—11,50, Gerste neu 11, Althaber 12, Haber alt 13,25—13,50,

in Winnenden Weizen 10—12, Haber 6—9, Dinkel 10 bis 10,50, Roggen 11,50—12 M. je der Zentner.

Vieh- und Schweinepreise.

Auf dem Vieh- und Schweinemarkt in Altshausen kosteten Rüh 380—580, Kalb 390—480, Ochsen 480 bis 600, Rinder 160—260, Kälber 80—120, Ferkel 17—28, Läufer 42 M.; in Dietenheim Jungrinder 220—120, Kalb 450—500, Rüh 200—240, Ochsen 400—600, Ferkel 500, Saugschweine 22—23, Läufer 47; in Ehingen Ferkel 500—550, Rüh 230—280, Kalb 500—600, Jungvieh 170—270, Ochsen 530—580, Ferkel 21—30, Läufer 40 bis 60; in Hall Ochsen 350—575, Rüh 200—550, Jungvieh 110—400 M. je das Stück. — Auf dem Pferdemarkt in Wurzach wurden 5 Arbeitspferde zu 500—1300 M. pro Stück verkauft. — Auf dem Schweinemarkt in Biberach kosteten Läufer 50—60, Milchschweine 16—25 Mark; in Bönningheim 26—90, bzw. 12—18; in Creglingen Milchschweine 19—25 M.; in Gaildorf 15—28; in Gerabronn 15—25; in Künzelsau Milchschweine 16—28, Läufer 75 M.; in Mergentheim Milchschweine 18—30; in Niederstetten 15 bis 20 M.; in Schömburg 12—22; in Spaichingen 15 bis 20; in Weilderstadt Milchschweine 1. Sorte 30 bis 31, 2. Sorte 22—24, 3. Sorte 16—18 M.; in Wurzach kleinere Ferkel 17—20, größere 23 M. je das Stück.

In Balingen kostete ein Milchschwein 15—30 M., in Besigheim Milchschweine 16—25 M., Läufer 40—50 M., in Craillsheim Läufer 40—50, Milchschweine 14—29 M., in Göglingen 35—65 bzw. 15—20, in Hall 40—50 bzw. 20 bis 30 M., in Dehringen Milchschweine 17—29, in Rottweil 14—22, in Ulm 18—25 M. je das Stück.

Holzmarkt.

(S.W.) Ludwigsburg, 8. Nov. Auf dem letzten Holzmarkt wurden bezahlt für 1 Quadratmeter Bretter 0,80—1,20 M., ein Quadratmeter Böden 2 M., für eine Latte 20—25 Pfg., für 1 laufende Meter Bauholz 60—80 Pfg., für 1 Km. Brennholz 8—15 M., für eine Hagstange 2—3 M., für eine Baustange 5 M.

Die besten Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrlösen in Aufsicht kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Friedrich Hans Schaele. Druck und Verlag der W. Gieseler'schen Buchdruckerei, Calw.

Evangelische Kirchengemeinde Calw.

Evangelisation in der Kirche vom 13.—21. Nov.

durch Stadtpfarrer Riethmüller von Eßlingen, je nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr.

Georgenäumsvortrag.

Dienstag, 11. November, abends 8 Uhr wird Herr Forstmeister Feucht in Teinach über

Naturschutz und Landschaftspflege

Vorführung von Lichtbildern
Sprechen. Der Georgenäumsrat.

Garantierte Dönerbrandöfen!

Gleichmäßig erwärmte Zimmer und Kohlenofen erszielend
Zimmeröfen Kochöfen Fabriköfen Wirtschaftsöfen

Waschkessel Kochherde
Vergleichen Sie meine besonders niedrigen Preise. Wiederverkäufern Sonderpreise.

H. Kilsheimer Nachf., Pforzheim
Eisenhandlung 18 Leopoldstraße 18.

Calw.

Im Wege des

Pfand-Verkaufs

versteigere ich am Mittwoch, den 12. ds. Mts., von vormittags 10 Uhr an vor meiner Kanzlei, Salzgasse 62, gegen bare Bezahlung:

1 goldene Damen-Armbanduhr, 1 goldene Armspange, mehrere Schmuckgegenstände, seidene u. andere Damenkleider u. Blusen, mehrere Garnituren feiner Damen-Leibwäsche, Kragen, Strümpfe, Toilette-Artikel, Schuhe, 1 Reisebügeleisen, Näh-Mitteln u. Stickerien, 3 Damenhüte, 1 Partie Schnitt- u. Stickmuster, 3 Reisehandhoffer und verschiedenes Andere. 1 Herren-Ueberzieher, 1 Hose, Herrenhemden, Kragen, Unterhosen, Socken, Ueberstrümpfe, Taschentücher, Selbstbinder, Stiesel, Schuhe, 1 Rasier-Apparat, 1 Kuckucksuhr.

Nachmittags von 2 Uhr an: Eine größere Partie, teils sehr wertvolle Bücher.

Gerichtsvollzieher Dhngemach.

Filzschuhwaren

für Damen, Herren u. Kinder, besetzt und unbesetzt, beste Qualitäten. - Große Auswahl. - Mäßige Preise.

W. Schäberle, Hutmacher.

Schreibmaschinen

G. Köbele, Nagold, Fernsprecher 126.

Auf der Straße von Station nach Bad Teinach

Herrenuhr

gefunden. Der rechtmäßige Eigentümer kann dieselbe abholen bei Jakob Kalmbach, Oberkollwangen.

Hier

in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssiges Hausgerät zu verkaufen!

Zum sofortigen Eintritt gesucht nei anständiges, ehrliches

Mädchen

nichtunter 22 Jahren, welches gut bürgerlich kochen kann, sowie auch in der Haushaltung Erfahrung hat, und schon gedient hat. Hoher Lohn und gute Behandlung zugesichert, jüngeres Mädchen vorhanden.

Bernhard Reck, Sägewerk Ehningen bei Böblingen.

Tüchtige Hausierer, sowie Hausiererinnen werden gesucht

zum Verkauf einer erstklassigen Schuhcreme. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Tägl. 10 M. Verdienst. bis 10 M. Näheres im Prospekt m. Garantiechein. Verlag W. Schifferdecker, Köln. Postfach.

Württembergischer Bauern- und Weingärtner-Bund.

Am Mittwoch, den 12. November, vormittags 11 Uhr findet im Badischen Hof eine

große Markt-Versammlung

statt.

Redner: Reichs- u. Landtags- Abgeordneter Körner alt.

Thema: Reichstagsauflösung — Reichstagswahl.

➔ Bauern erscheint zahlreich! ➔

Mais
Weizen
Hafer
Melasse
Maismehl
Weizenkleie

Weizenmehl 0
Brotmehl
Roggenmehl
Nachmehl
Futtermehle
Futterkalk

billigst bei

Adolf Lutz.

Fässer-Verkauf.

Habe noch einige Fässer, 2—300 Liter haltend, abzugeben.

Ferner verkaufe ich Kraut- oder Fleischständen und empfehle schöne Zuber und Kübel.

Schneider, Küfer u. Kübler.

R. Hauber

Maschinöl
 Motorenöl
 Zentrifugenöl
 Erdöl
 Bodennöl
 Lederöl
 Leinöl
 Leinölfirnis
 Terpentinöl
 Eisenlack
 Fischtran
 Karbolinum
 Schuhfett
 Hufschmalz
 Wagenfett
 Maschinenfett
 Treibriemenwachs
 Bodenwachs
 Baumwachs
 Bisselbeize
 Schuhcreme
 Kernseife
 Feurioseife
 Flammerseife
 Sunlichtseife
 Seifenfloeken
 Toilettenseifen
 Schmierseife
 Seifenpulver
 Persil
 Bleichsoda
 Waschlauge
 Laugenstein
 Kerzen
 Weihnachtsherzen
 Stärke
 Zündhölzer
 Spiritus
 Sidel
 Puztücher
 Wascheile
 Säcke
 Bindfaden
 Stofffarben
 Fußmatten
 Straßenbesen
 Kokosbesen
 Sorghobesen
 Kopfhaarbesen
 Bürstenwaren
 Zelluloidwaren
 sowie große Auswahl
 in sämtlichen
 Toiletten-, Puz-
 u. Waschartikeln
 empfiehlt

R. Hauber

Ia. Weizen-Weiß- und Brotmehl

Tieraufzuchtmehl
empfehl
F. Nonnenmacher.

Lebergamaschen
 Rindleder, braun und
 schwarz, moderne Formen,
Wickelgamaschen
 in allen Farben u. Arten,
**Radfahrer-
 Stulpen**
 in Stoff und Leder,
 bestens bei
Reichert Mittlere
 Belche.

**Avenarius
 Carbolinum**
 Carl Serva
 Fernsprecher 120.

Fässer

200 Stück à 225 Liter
 70 " " 250 "
 50 " " 650 "
 frisch entleert, gut, eichen,
 fast neu, zur Hälfte des Neu-
 preises, auch einz. abzugeben.
Hch. Schmalzriedt,
 Weingrosshandlung,
 Ditzingen b. Stuttgart,
 Fernsprecher 16.

Ein sehr gut erhaltener
Hausbackofen
 (Webers Fabrikat)
 preiswert zu verkaufen. Zu
 erfragen in der Geschäfts-
 stelle ds. Bl.

1,6 Hühner
 und einen sehr guten Hühner-
 stall (doppelwandig) zu ver-
 kaufen. Wer, sagt die Ge-
 schäftsstelle ds. Bl.

**Dienst-
 boten-**
 gesuche haben im
 Calwer Tagblatt
 sicher Erfolg.

Anzüge für Herren, Burschen und Knaben;

Gestrichte Knabenanzüge, Sweteranzüge

Mäntel für Herren, Burschen und Knaben;

Hosen für Herren, Burschen und Knaben, aus gestreiften wollenen Stoffen, Halbtuch, Englischleder, Hosenzug, Samtkord;

Sportosen aus verschiedenen Stoffen;

Lodenjoppen gefüttert und ungefüttert für Herren, Burschen und Knaben;

Gummimäntel, imprägnierte Mäntel, Lodenmäntel

Belerinen für Kinder und Erwachsene;

Windjacken für Kinder und Erwachsene;

Gestrichte Westen, Sportwesten

Warme Unterkleidung in großer Auswahl;

Strümpfe, Socken, Hosenträger, Sportstutzen, Wickelgamaschen

Paul Röchle, am Markt, Calw.

Fahrnis-Versteigerung.

Verkäufe am **Dienstag, den 11. Novem-
 ber** (Martini-Feiertag) **Marktplatz 46**, von vor-
 mittags 9 Uhr ab wegen Umzug und Platzmangel
 gegen Barzahlung:
 1 größeren Posten neuer Spielwaren; 1 Posten
 große und kleine Körbe; eine größere Anzahl
 Säcke (zu Flick- und Puztücher geeignet);
 1 Ladeneinrichtung; großen Ladentisch mit eichener
 Platte u. Schubladen; kl. Ladentisch, gr. Warenglas-
 kasten mit Schiebetüren; 1 kl. Glaskasten; 2 Schoko-
 lade-Ausstellkasten; 1 großes eisernes Ausstell-
 regal, verstellbar; ein Holzregal; 2 Tischwagen
 mit Gewichten; 2 Brückenwagen mit 5 u. 2 Ztr.
 Tragkraft; 10—12 Ztr. Heu; einige Ztr. Stroh;
 einige Ztr. Holzwolke; 1 Futterschneidmaschine,
 wenig gebraucht; Futtertrog; 1 Mehltrog; 1
 Schweinetrog; Pferdegeschirr; Pferdeteppich; 1

Saumzeug, silberplattiert; 1 neuen Doppelleit-
 riemen; einige Wagscheite; Federprüfmaschinen
 mit 10 Ztr. Tragkraft; kleineren Leiterwagen;
 Hobelbank, neu; verschiedene kl. Feilen; neue
 Heuraden; Hausrat: verschiedene Kleider-
 kisten; Bettladen, mit u. ohne Koft; 1 eiserne
 und eine hölzerne Kinderbettstelle, weiß lackiert
 mit Matragen; 2 Kommode; 1 Buffet; roter
 Plüschsofa; 1 Kinderarmatur, Bank, Tisch u.
 2 Stühlchen; 1 Liegestuhl; 3 Tische; Ver-
 schiedene Bilder und Spiegel; vollständige Rind-
 wäsche; 3 Waschkessel; 3 Waschkübel, wenig ge-
 braucht; 1 weißen emaillierten Herd; neuen
 Wasserstein mit Stellplatten; 1 Singer-Näh-
 maschine; 1 Damenrad; Beerenmühle; Beeren-
 presse; 1 Lotterrad mit Seil; 1 prachtvolle
 Fahne mit Stange; 1 Holzkoffer, 1 Handkoffer;
 2 große Kisten; 5 Patent Eier-Verandkisten;
 1 großen Bodenteppich, sowie Sonstiges.
 Liebhaber sind eingeladen.

Stadinventierer Kolb.

Weizenmehle : Roggenmehle

— erstkl. Fabrikate —

Weizen	Futtermehle
Gerste	Weizenkleie
Hafer	Deilmehl
Mais	Maismehl
Haferkalenmelasse	Sorjmelasse
Kälberaufzuchtmehl	Futterkalk

Otto Jung, Landesprodukte.

Heidelberger Portlandzement

eingetroffen in Gchingen und
 am Bahnhof Althengstett
 und empfiehlt Samuel Better, Gchingen.